

**Fragebogen an die Oberbürgermeisterkandidaten:
Die Antworten**



1. Kultur

Die Stadt Kassel betont immer wieder die Wichtigkeit der Freien Kulturszene. Gleichwohl ist die Unterstützung nach wie vor gering. Für nur wenige Gruppen gibt es eine Planungssicherheit durch eine institutionelle Förderung, und selbst wenn, wurde diese oft seit mehr als 10 Jahren nicht mehr fortgeschrieben (erhöht). Gebäude, die von Künstlern preisgünstig gemietet wurden, sind häufig vom Abriss oder einer Umnutzung bedroht wie z.B. Gebäude am Kulturbahnhof, ehemalige Industriegebäude (Salzmann etc.).

- Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?
- Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig zu unterstützen?
- Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?
- Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?

Murat Çakır	Christian Geselle	Bernd Hoppe	Dominique Kalb	Eva Koch	Matthias Spindler
<p>Ich teile die Kritik an der mangelnden Unterstützung für die Freie Kulturszene. Mein zentrales Anliegen ist die Demokratisierung der Kultur und damit das Einbeziehen der Freien Kulturszene in eine kontinuierliche finanzielle Förderung und ein transparentes Verfahren zur Aufnahme in die Kulturförderung. Aufgabe des Kulturamts sollte es sein, unbürokratisch zur Seite zu stehen, um für weitere Fördermöglichkeiten den Weg zu ebnen und bei der Orientierung zu helfen. Dafür wird ein eigenständiges Kulturdezernat benötigt. Die Prüfung für die Kulturhauptstadtbewerbung kostet Geld. Das könnte direkt für konkrete Orte, wie z.B. das Henschelgelände oder Salzmann, verwendet werden. Bei privaten Investoren kann die Stadt Druck ausüben, z.B. über städtebauliche Verträge, denn Eigentum verpflichtet. Gleichzeitig sollte die Stadt auf städtischem Grund Flächen und Räume zur Verfügung stellen. Mir ist wichtig, dass Kultur für alle zugänglich ist, weshalb ich mich für einen Sozialpass, der vergünstigte Eintrittspreise ermöglicht, einsetze.</p>	<p><i>Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?</i></p> <p>Nicht über, sondern mit den Beteiligten sprechen und konkrete Bedarfe ermitteln; meine Vision: ein Science Park für junge Kultur mit Atelier-räumen für freie Kunst und Fotografie, Bühnen für Nachwuchskünstler, Proberäumen, Tonstudios und Veranstaltungsangeboten</p> <p><i>Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig zu unterstützen?</i></p> <p>Das hängt vom tatsächlichen Bedarf ab</p> <p><i>Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?</i></p> <p>Die institutionelle Förderung darf nicht zu starr, sondern muss flexibel verstanden und gehandhabt werden – sowohl im</p>	<p><i>Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?</i></p> <p>Die Förderung der Kultur ist so wichtig wie der Straßenbau oder die öffentliche Sicherheit. Kultur ist kein Luxus, sondern Kultur sichert unsere innere Überlebensfähigkeit. Der Zugang zur Kultur darf nicht durch das eigene Einkommen bestimmt sein. Verglichen mit der sogenannten Hochkultur ist die Förderung der freien Szene in Kassel allerdings sehr gering. Allein das Staatstheater erhält von der Stadt Kassel einen monatlichen Zuschuss in Höhe von einer Millionen Euro.</p> <p><i>Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig zu unterstützen?</i></p> <p>Ja.</p> <p><i>Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?</i></p> <p>Ja.</p>	<p><i>Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?</i></p> <p>Die Probleme der „Freien Szene“ sind seit Jahren bekannt. Allerdings wurde dies seitens der Mehrheit von Rot-Grün und des Oberbürgermeisters und Kulturdezernenten nie in die politische Diskussion eingebracht. Anträge der CDU und anderer Fraktionen zum Thema wurden abgelehnt. Das muss sich ändern: Kassel braucht Dialog- und Entscheidungsstrukturen, damit die Ideen und Sorgen der Kulturszene mehr wahrgenommen und auch bearbeitet werden.</p> <p>a) Ich würde einen „Runden Tisch“ initiieren. Dieser CDU-Vorschlag wurde bisher von Rot-Grün im Kulturausschuss und der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. An diesem „Runden Tisch“ treffen sich Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Kulturträger. Dabei geht es um inhaltliche Abstimmung, aber auch Dialog über andere Themen wie finanzielle Förderung, Raumfragen, Unterstützungsmöglichkeiten.</p> <p>b) Als Oberbürgermeister würde ich eine Kultursprechstunde einrichten. Diese</p>	<p><i>Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?</i></p> <p>Die Kulturberatung der Stadt kann noch gestärkt werden, insbesondere sehe ich einen Bedarf in der Vernetzung der einzelnen Kulturinitiativen. Hier könnte man mit wenigen finanziellen Mitteln viel erreichen. Wenn wir uns auf den Weg zur Kulturhauptstadt 2025 bewegen, sollte im Mittelpunkt die Arbeit der freien Szene stehen. Hier könnte man viele Ideen der letzten Jahre umsetzen.</p> <p><i>Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig zu unterstützen?</i></p> <p>Es muss beides geben, die projekthafte Unterstützung sowie auch bei einer gewissen Reife von Initiativen eine langfristige Absicherung. Caricatura, Museum für Sepulkalkultur oder das Spohr-Museum wären ohne die Unterstützung der Stadt entweder in dieser Form oder gar nicht mehr in Kassel.</p>	<p><i>Was ist Ihr Konzept zur Unterstützung der freien Szene in Kassel?</i></p> <p>Grundsätzlich verspreche ich alles, was auch meine Mitbewerber*innen versprechen, jedoch doppelt so viel und doppelt so schnell. Wer mich wählt, wählt Kultur!</p> <p><i>Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig unterstützen?</i></p> <p>Selbstverständlich!</p> <p><i>Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?</i></p> <p>Selbstverständlich! Der KSV, den ich in die 1. Liga hieven möchte und werde, wäre dabei ebenso Teil wie die Förderung von legalen Waschbärkämpfen. Grundsätzlich bin ich keinem kulturellen Projekt abgeneigt, dass Interesse hat, in Kassel zu wirken, sofern mir bei Veranstaltungen stets Gästeliste</p>

<p>Hinblick auf die Empfänger als auch in der Höhe, schließlich verändern sich Bedarfe</p> <p><i>Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?</i></p> <p>Auch neue Räumlichkeiten hinzugewinnen</p>	<p><i>Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?</i></p> <p>Kultur braucht auch Räume. Und hier ist auch die Stadt gefordert. Salzmann ist ein abschreckendes Beispiel für das Versagen der Stadt in diesem Bereich.</p>	<p>Sprechzeit ist ausschließlich Kultur-treibenden vorbehalten und soll zeigen, dass Kultur in Kassel Chefsache ist. Kultur macht man nicht eben mal so nebenbei. Für die zielgerichtete Förderung sind verlässliche Strukturen und direkte Ansprechpartner seitens der Stadt notwendig.</p> <p><i>Würden Sie Kulturprojekte nicht nur projektgebunden, sondern auch längerfristig zu unterstützen?</i></p> <p>Bei der Kulturförderung ist eine individuelle Betrachtung in Bezug auf notwendige Hilfe sinnvoll. Jede Initiative, jede Gruppe, jedes Projekt oder jede Institution hat individuelle Förderungsbedarfe. So gibt es kulturelle Träger, für die die Finanzierung von langfristig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Grundvoraussetzung ist. Dann sind es wieder gesicherte Räume. Gleichzeitig muss die Kulturförderung aber auch spontan genug sein können und Ressourcen haben, die kurzfristig und projektbezogen zur Verfügung stehen. Deshalb muss die projektbezogene Förderung auch weiterhin möglich sein und dabei eine notwendige langfristige ergänzen.</p> <p><i>Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?</i></p> <p>Institutionelle Förderung muss immer auf dem Prüfstand stehen, was die Streichung von Fördermitteln, aber auch die Neuaufnahme bedeutet. Ziel sind eine kreative Kultur und gleichzeitig aber auch gute Arbeitsbedingungen. Institutionelle Förderung ist kein Allheilmittel und keine Garantie für gute künstlerische und kulturelle Arbeit. Sie ist dann sinnvoll und richtig, wenn eine dauerhafte Arbeit nur so gesichert werden kann. Das bedarf immer eine Einzelfallprüfung. Klar ist aber auch, dass jede Ausweitung der institutionellen Förderung weniger Ressourcen für Projekte in Einzelförderung bedeutet.</p>	<p><i>Würden Sie z.B. weitere Gruppen in die institutionelle Förderung aufnehmen?</i></p> <p>Grundsätzlich ja, denn die Liste der von der Stadt geförderten Kultureinrichtungen ist keine geschlossene Liste. Es gibt genügend Beispiele für neu aufgenommene Projekte aus den letzten Jahren. Letztlich entscheiden die Stadtverordneten über den Haushalt. Allerdings kann die Stadt Kassel auch nach dem Verlassen des Schuttschirmes auf Grund der hohen Alt-schulden nicht alle Wünsche auf einmal erfüllen.</p> <p><i>Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?</i></p> <p>Der Konflikt zwischen privaten Vermietern, die erst günstig an Kulturinitiativen vermieten und dann andere Nutzungen anstreben, wird auch weiterhin vorhanden sein. Ich werde anstreben, dass die Stadt eine aktive Vermittlerrolle bei diesen Konflikten einnimmt. Auch die Vermittlung alternativer Räume in solchen Konflikten ist eine Möglichkeit für die Stadt. In wie weit ein Haus der Kultur eine konkrete Verbesserung wäre, würde ich mit der Kulturszene diskutieren.</p>	<p>+5 zugesichert wird.</p> <p><i>Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?</i></p> <p>Ich werde um den Kasseler Osten eine Mauer bauen, beginnend am Platz der Deutschen Einheit. Im Zonenrand (Unterneustadt) werden dann sicher einige Gebäude verlassen werden, hier fänden sich dadurch genug Möglichkeiten, künstlerisch zu wirken und zu arbeiten. Durch Schutz von bestehenden künstlerisch kulturellen Einrichtungen sowie durch eine einfachere Nutzbarmachung von Leerständen zu diesem Zweck werde ich auch die übrige Stadt lebens- und liebenswert machen.</p>
---	--	---	---	---

			<p><i>Wie würden Sie die räumliche Situation von Künstlern sichern und verbessern?</i></p> <p>In Kassel gibt es nach wie vor kaum städtische Räume, die kulturell nutzbar sind. Die meisten Räume für Künstlerinnen und Künstler befinden sich in privatem Eigentum. Oft werden solche Räumlichkeiten bis zur Entwicklung von Immobilien als Zwischenlösung günstig vermietet. Darauf hat die Stadt kaum Einfluss, auch nicht auf die Frage, welche Investoren wo, wie und zu welchen Preisen Immobilien für die Kultur öffnen. Das betrifft auch die Salzmann-Fabrik und das Henschelgelände, aber auch Immobilien der Bahn im Kulturbahnhof. Hier kann die Stadt nur moderieren. Gleichzeitig kann die Stadt allerdings über städtebauliche Planungsinstrumente dafür sorgen, dass die Entwicklung von Flächen auch Platz für Kultur lässt und schafft. So bietet das Henschelgelände in seiner Vielfalt die Möglichkeit einer guten Mischung aus Wirtschaft und Kultur. Einige Hallen könnten so umgebaut werden, dass sie für unterschiedliche Kulturnutzung möglich sind, auch eine Neubebauung freier Flächen ist möglich, der Erhalt des Technikmuseums wichtig. Hier wurde bislang seitens der Stadt nichts bzw. viel zu wenig getan. Auch wenn es keine leichte Aufgabe ist, werde ich hier zielgerichtet aktiv werden und versuchen, kreativ neue Wege zu gehen.</p>		
--	--	--	--	--	--

2. Verkehr und Mobilität

Im Verkehrsentwicklungsplan 2030 sind politischen Ziele hinsichtlich des ÖPNV-Anteils am Modal-Split festgelegt worden. Danach soll der ÖPNV im Jahr 2030 einen Anteil von 23% bis 25% aller Wege der Kasseler Bevölkerung haben. Nach der aktuellen SrV-Untersuchung von 2013 hat der ÖPNV einen Anteil von 17%. Es sind also Steigerungen von 35% bis 47% notwendig.

Nach dem Verkehrsentwicklungsplan soll auch der Fuß- und Radverkehr gefördert werden. Angesichts der globalen und lokalen Herausforderungen (Klima, Luft, Energie, Lärm, Fläche, Lebensqualität, Urbanität, Demografie, kommunale Finanzen, Renaissance der Städte) sind Zielsetzung und Richtung durchaus richtig.

In Kassel findet die Förderung des Radverkehrs aber häufig auf Kosten des Fußverkehrs statt, in dem beispielsweise Gehwege für den Radverkehr freigegeben oder verschmälert werden, um Radwege anzulegen.

- Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?
- Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?
- Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?
- Wie wollen Sie zukünftig der Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des Fußverkehrs geht?
- Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als vordringlich an?

Murat Çakır	Christian Geselle	Bernd Hoppe	Dominique Kalb	Eva Koch	Matthias Spindler
<p>Nicht das Auto, sondern der ÖPNV steht für mich an erster Stelle. Die Kürzungsvorgaben an die Liniennetzreform halte ich für grundfalsch. Der ÖPNV dient der Daseinsvorsorge. Ist das Angebot attraktiv und bezahlbar, steigen mehr Menschen auf den ÖPNV um. In Kassel fehlt mindestens ein Sozialticket für 20 Euro, das ist der Betrag, den Transferleistungsempfänger für Verkehr »zur Verfügung haben«. Auch Arbeitsstätten, wie etwa in Waldau, müssen gut erreichbar sein. Wir brauchen einen Ausbau. Der Kostendeckungsgrad des ÖPNV ist in Kassel mit 88% unnötig hoch. Zusätzliche Kosten können z.B. über die jetzigen Einnahmen aus den Parkgebühren finanziert werden. Langfristig bin ich für einen fahrscheinlosen Nahverkehr. Umlagefinanzierte Modelle gibt es bereits, etwa in Frankreich. Landes- und Bundesebene stehen ebenfalls in der Pflicht. Für Fußgänger sehe ich insbesondere bei der Überquerung von Hauptverkehrsstraßen Nachholbedarf. Beim Radverkehr halte ich mich direkt an unser Programm: »Sanierung und Ausbau des vorhandenen Radwegenetzes, um den Anteil des Radverkehrs deutlich zu erhöhen und die Verkehrssicherheit zu verbessern.« Und der Flughafen Kassel Calden - muss zum Verkehrslandeplatz zurückgestuft werden.</p>	<p><i>Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?</i></p> <p>Grundsätzlich ja</p> <p><i>Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?</i></p> <p>z.B. Rad- und Fußwegenetz ausbauen</p> <p><i>Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?</i></p> <p>Zuschüsse durch das Land wieder einführen Mehrerlöse erzielen</p> <p><i>Wie wollen Sie zukünftig der Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des Fußverkehrs geht?</i></p> <p>Schließt sich nicht gegenseitig aus</p> <p><i>Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als</i></p>	<p><i>Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?</i></p> <p>Nein. Mit der jetzigen Liniennetzreform wurde das Ziel verfolgt, durch eine Angebotsverknappung Kosten einzusparen. Damit erhöht man nicht den ÖPNV-Anteil. Man senkt ihn.</p> <p><i>Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?</i></p> <p>Ich schlage vor, in einem Modellprojekt gemeinsam mit dem Land Hessen einen kostenlosen ÖPNV in Kassel anzubieten.</p> <p><i>Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?</i></p> <p>ÖPNV kann nicht kostendeckend betrieben werden. Jede Ausdehnung kostet mehr Geld. Wie beim Straßenbau oder dem Bau von Flughäfen sind die Mittel aus den</p>	<p><i>Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?</i></p> <p>Die Liniennetzreform ist ein reines Sparprogramm und deswegen eine Mogelpackung. Nach dem vom rot-grünen Magistrat festgesetzten Spardiktat war absehbar, dass im Ergebnis vor allem Verschlechterungen im Netz der KVG die Folgen sein würden. Qualitätsverluste durch Anruf-Sammeltaxen, Taktreduzierungen, Entfall von Buslinien, Verzicht auf durchgängigen Nachtverkehr, Tausch der Tramäste 3/4 sowie 6/7 und Verschlechterungen der Bedienungshäufigkeit in Tagesrandlagen führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Fahrgästen. Damit ist das im Verkehrsentwicklungsplan formulierte Ziel von Fahrgaststeigerungen im ÖPNV nicht umsetzbar. Außerdem passen die Vorschläge zu Änderungen im Liniennetz nicht zu einer wachsenden Stadt wie Kassel und den prognostizierten Zuwächsen beim Individualverkehr. Hier gibt es derzeit kein Konzept, um auf steigende Zulassungszahlen von Kraftfahrzeugen und die damit einhergehende Zunahme des Individualverkehrs zu reagieren. Dies betrifft den Straßenbau ebenso wie die Frage eines vernünftigen ÖPNV-Angebots, welches als umweltfreundliche Alternative zum Individualverkehr notwendig ist. Für</p>	<p><i>Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?</i></p> <p>Mit der Liniennetzreform allein kann die gewünschte Steigerung des ÖPNV-Anteils in Kassel nicht erreicht werden. Hier ist ein ganzes Maßnahmenbündel erforderlich. Nach den Prognosen der Uni Kassel wird die Netzreform allerdings zu einer Steigerung von Fahrgastzahlen und damit auch zu höheren Einnahmen führen und ist damit grundsätzlich sehr positiv zu bewerten.</p> <p><i>Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?</i></p> <p>Die Stadt Kassel hat mit dem von den städtischen Gremien beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan eine hervorragende Grundlage zur Umgestaltung des Verkehrs in Kassel verabschiedet. Ein Maßnahmenbündel mit Zeitrahmen und Kosten ist im VEP ausführlich dargestellt. Als einige Beispiele nenne ich: Ausbau des Radwegenetzes, Einrichtung weiterer Fahrradstraßen, Ausbau der Fahrradabstellanlagen, Ausbau des Tramnetzes, Ausbau des Mobilitätsmanagements, Ausbau von Car-sharing.</p>	<p><i>Sehen Sie die jetzige Liniennetzreform als richtiger Ansatz, um dieses Ziel von 23-25% ÖPNV-Anteil zu erreichen?</i></p> <p>Nein, die KVG-Reform wird es mit mir nicht geben! So werden Synergien mit Kultur und der Uni möglich – Die Reform und Gegenreform verschaffen meinen Kommilitonen einen ausdauernden Studiumsgegenstand. Gleichzeitig bleiben die Kasseler Linien dem ARM vorbehalten.</p> <p><i>Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?</i></p> <p>Sinnvoll scheinen die Aufstockung von Fuhrpark und Anzahl der Fahrten um 35 bis 47%. Dies geht freilich nur über Fahrpreiserhöhungen und auch Diskussionen über Streckenstilllegungen darf kein Tabu sein!</p> <p><i>Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer</i></p>

	<p><i>vordringlich an?</i></p>	<p>Steuern zu finanzieren.</p> <p><i>Wie wollen Sie zukünftig der Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des Fußverkehrs geht?</i></p> <p>Der vorhandene Verkehrsraum ist derzeit einseitig zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs verteilt. Hier ist eine Neuverteilung zu mehr Gleichberechtigung erforderlich.</p> <p><i>Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als vordringlich an?</i></p> <p>Das Bewusstsein schaffen, dass Fußverkehr gleichberechtigt ist. Dann wird es auch eine Akzeptanz für eine Neuverteilung des Verkehrsraumes geben.</p>	<p>mich ist klar, dass als Ergebnis eines transparenten und offenen Diskussionsprozesses nicht die Reduzierung des Nahverkehrsangebotes stehen kann, sondern vielmehr die Sicherung eines leistungsfähigen und qualitativ angemessenen ÖPNV zu bezahlbaren Preisen auch in den Stadtteilen stehen muss.</p> <p><i>Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie zur Zielerreichung als erforderlich an?</i></p> <p>Angebot und Qualität im ÖPNV müssen verbessert und die Fahrpreise gesenkt werden. Kassel gehört bei den Fahrpreisen mit zu den teuersten Städten. Das vertreibt Kunden. Die Rückgänge beim ÖPNV-Anteil, wie sie zwischen der SrV-Befragung 2008 und 2013 deutlich wurden, sollten allen Akteuren ein Warnsignal sein. Zukünftig wird es darauf ankommen, wie wir regionale Mobilität, die nachfrageorientiert und multimodal sein wird, organisieren. Hier müssen tradierte Muster überdacht, das Leistungsportfolio angepasst und verschiedene Mobilitätspartner offensiv zusammengebracht werden.</p> <p><i>Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?</i></p> <p>Die Frage der ÖPNV-Finanzierung ist eine Herausforderung, die wir allein auf kommunaler Ebene nicht bewältigen können. Ohne Zuschüsse von Bundes- und Landesebenen können ÖPNV-Träger ihre Leistungen nicht erbringen. Wir brauchen Sicherheit in der Frage der Förderprogramme, von denen einige in den nächsten Jahren auslaufen und eine Verstetigung der Zuschüsse.</p> <p><i>Wie wollen Sie zukünftig den Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des</i></p>	<p><i>Wie soll eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV sichergestellt werden, so dass nicht jede Anschaffung neuer Fahrzeuge oder eine tarifliche Gehaltserhöhung zu einer Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?</i></p> <p>Die Stadt Kassel alleine kann das aus ihren Haushaltsmitteln langfristig nicht stemmen. Eine solide finanzielle Ausstattung des Nahverkehrs durch Bund und Land ist notwendig. Gerade bei knappen Finanzen ist es wichtig, das Angebot im Kasseler ÖPNV möglichst gut an die Nachfrage anzupassen. Deshalb brauchen wir die Linienetzreform!</p> <p><i>Wie wollen Sie zukünftig den Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des Fußverkehrs geht?</i></p> <p>Ich setze mich dafür ein, Radwege nur in absoluten Ausnahmefällen auf gemeinsamen Flächen mit dem Fußverkehr zu führen, da dies in der Regel zu Lasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer geht. Radfahrer gehören auf die Fahrbahn – dann gibt es keine Konflikte mit Fußgängern! Außerdem sorgen mehr Abstellanlagen dafür, dass abgestellte Räder keine Fußgängerwege versperren.</p> <p><i>Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als vordringlich an?</i></p> <p>Mein Ziel ist es, dass Fußgänger*innen sich sicher und auf angenehmen Wegen durch die Stadt bewegen können. Dazu gehören Straßen und Plätze, die so gestaltet sind, dass alle Verkehrsteilnehmer*innen zu ihrem Recht kommen. In der Vergangenheit wurde häufig nur auf ausreichende Fahrbahnbreiten für den Autoverkehr geachtet, die Fußgänger*innen mussten sich damit begnügen, was</p>	<p><i>Diskussion über Streckenstilllegung führen muss?</i></p> <p>Streckenstilllegungen wird es in meiner Amtszeit nicht geben, darauf gebe ich ihnen mein Ehrenwort! ÖPNV ist so oder so ein Zuschussgeschäft, die paar Euro mehr werde ich schon irgendwo zusammenkratzen können. Tarifliche Gehaltserhöhungen sehe ich allerdings ausgeschlossen, sofern keine umfassende Schulung des Trampersonals im Anfahren und Anhalten stattfindet.</p> <p><i>Wie wollen Sie zukünftig der Radverkehr fördern, ohne dass dies zu Lasten des Fußverkehrs geht?</i></p> <p>Ich werde jede Straße auf zwei Spuren zurückbauen lassen, der gewonnene Raum dient Rad & ÖPNV sowie der Pflanzung lebenswichtigen Stadtgrüns. Wenn das nicht möglich ist, halte ich Unterführungen wie zB am HoPla für eine angenehme Lösung. So schafft man außerdem Raum für preisgekrönte Projekte wie dem Raum für urbane Experimente.</p> <p><i>Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als vordringlich an?</i></p> <p>Dringend umzusetzen ist definitiv der Ausbau der Treppenstraße zur Rolltreppenstraße, um modernen Ansprüchen an Barrierefreiheit gerecht zu werden.</p>
--	--------------------------------	--	--	---	---

			<p><i>Fußverkehrs geht?</i></p> <p>Der Radverkehr muss so geführt werden, dass Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmern wie z.B. Fußgängern vermieden werden. Gemeinsame Geh- und Radwege bzw. die Mitnutzung von Gehwegen für Radfahrer müssen aus Sicherheitsgründen eine Ausnahme bleiben. Ein weiterer Ausbau und eine Optimierung des Radwegenetzes, separate Radwege bzw. Radschutzstreifen und ausreichend Anschließ- und Abstellmöglichkeiten für Radfahrer sind notwendig.</p> <p><i>Welche Maßnahmen für den Fußverkehr sehen Sie als vordringlich an?</i></p> <p>Der Fußverkehr benötigt ein komfortables Gehwegenetz, welches barrierefrei und sicher begehbar ist. Bei allen verkehrsplanerischen Maßnahmen sind die Belange von Fußgängern angemessen zu berücksichtigen. Gehwege müssen z.B. auch im Bereich von Ein- und Ausfahrten gut erkennbar sein und sie müssen sich baulich in einem akzeptablen Zustand befinden.</p>	<p>am Rand noch übrigblieb. Wie der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße zeigt, erhöht ein Boulevard mit viel Platz zum Flanieren die Lebensqualität in der Stadt. Anwohner*innen, Geschäftsleute und die meisten Verkehrsteilnehmer*innen würdigen den Boulevard als gelungenes Beispiel, der als Maßstab für die Umgestaltung weiterer Straßenräume dienen kann. Ein wichtiger Baustein für Fußgänger*innen sind außerdem gut gestaltete Stadtplätze mit Sitzmöglichkeiten, schattigen Ecken und Spielmöglichkeiten für Kinder.</p>	
--	--	--	--	---	--

3. Bürgerbeteiligung

Der Verein Kassel-West e.V. hat im Dezember 2015 einen Aufruf "Mehr Demokratie wagen" initiiert.

- Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?
- Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?

Murat Çakır	Christian Geselle	Bernd Hoppe	Dominique Kalb	Eva Koch	Matthias Spindler
<p>Ich unterstütze den Aufruf. Mit der Stoßrichtung größere Transparenz herzustellen, geht er genau in die richtige Richtung. Information, gemeinsame Diskussionen und die Möglichkeit Entscheidungen zu beeinflussen, sind die Voraussetzungen für Beteiligung. Das Problem von städtisch initiiertes Bürgerbeteiligung ist oft, dass sie dem Einbinden von Widerstand dient und grundsätzliche Fragen damit vernebelt werden. Dies wurde bei der Netzreform versucht. Beteiligung kann man nicht abnehmen, aber man kann sie befördern, ermutigen und vor allem ernst nehmen. Ganz konkret bedeutet das: Beschlüsse der Ortsbeiräte brauchen mehr Gewicht. Das Wahlalter auf 16 Jahre senken und vor allem die Wahl allen in Kassel hier Lebenden zu ermöglichen, unabhängig von der Herkunft. Ich bin ebenfalls für Bürgerhaushalte.</p> <p>Ich möchte eine andere Gesellschaft, eine, in der die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und in der sich jeder einbringen kann. Damit kann man jetzt beginnen. Für Engagement sind auch ganz praktische Ressourcen notwendig, wie etwa Räume und Möglichkeiten zur Bildung.</p>	<p><i>Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?</i></p> <p>Ich setze mich seit langem für mehr Transparenz und Dialog mit den Bürgern ein</p> <p><i>Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?</i></p> <p>Entscheidung Kulturhauptstadtbewerbung mittels Vertreterbegehren Stärkere Einbindung der Ortsbeiräte durch den Magistrat</p>	<p><i>Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?</i></p> <p>Ich unterstütze den Aufruf uneingeschränkt. Meine Fraktion hat diesen Aufruf auch in den Geschäftsgang des Stadtparlaments eingebracht. Eine Mehrheit fand sich nicht. Die Vorschläge wurden zum Teil abgelehnt, zum Teil wurde die Abstimmung verschoben.</p> <p><i>Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?</i></p> <p>Über alle wesentlichen Angelegenheiten müssen die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden. Die HGO hat dies durch die Einführung eines Vertreterbegehrens erheblich erleichtert. Der Antrag meiner Fraktion, dieses neue Instrument zu nutzen und über die Liniennetzreform und die Bewerbung zur Kulturhauptstadt einen Bürgerentscheid herbeizuführen, blieb jedoch ohne Mehrheit.</p>	<p><i>Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?</i></p> <p>Mitbestimmung, Teilhabe und Partizipation sind gerade bei politischen Entscheidungsprozessen zur Herstellung von Transparenz richtig und notwendig. Mein Ziel ist es, aus Betroffenen Beteiligte zu machen und damit Menschen in Entscheidungsprozessen noch besser „mitzunehmen“, als dies derzeit praktiziert wird. Ich unterstütze den Aufruf des Vereins Kassel West e.V. als einen Schritt in die richtige Richtung.</p> <p><i>Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?</i></p> <p>Frühzeitige Information der Öffentlichkeit über Bauvorhaben, Rechtzeitige Unterrichtung von Betroffenen über Maßnahmen, die nach dem Kommunalen Abgabengesetz eine finanzielle Beteiligung nach sich ziehen, Nutzung digitaler Plattformen wie z.B. des städtischen Ratsinfosystems zur Veröffentlichung von Planungs- und Sitzungsunterlagen sowohl der Stadtverordnetenversammlung als auch der Ortsbeiräte, was teilweise schon umgesetzt wird. Die Prüfung der Realisierung einer Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Kassel, wie sie 2012 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, dauert viel zu lange und muss jetzt endlich abgeschlossen werden.</p>	<p><i>Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?</i></p> <p>Grundsätzlich stehe ich dem Aufruf positiv gegenüber. Beteiligung braucht Information und Informationen sollten möglichst umfangreich zugänglich sein. Die grüne Fraktion im Kasseler Rathaus hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Verein Kassel-West e.V. in einem Ausschuss die Möglichkeit erhält, den Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ ausführlich vorzustellen. Dort kann dann sachlich und fachlich versiert über die Vorschläge beraten werden: Welche sind bereits umgesetzt? Welche können ohne großen Aufwand auch mit Hilfe des Internets kurzfristig realisiert werden? Bei welchen braucht es noch Zeit wegen technischer Vorbereitungen? Bei welchen stehen rechtliche Beschränkungen, z.B. Datenschutz für dritte Beteiligte, einer Umsetzung entgegen?</p> <p>Je nach Ergebnis der Beratungen würde ich die umgehend umsetzbaren Ergebnisse unmittelbar auf den Weg bringen.</p> <p><i>Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?</i></p> <p>Ich würde eine Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Kassel ausarbeiten lassen und der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorlegen. Orientieren</p>	<p><i>Unterstützen Sie den Aufruf und würden Sie sich als Oberbürgermeister/in dafür einsetzen?</i></p> <p>Selbstverständlich, die ihrige Herzensangelegenheit ist auch die Meinige! (gegen Spende)</p> <p><i>Welche weiteren konkreten Maßnahmen zu mehr Partizipation schlagen Sie vor?</i></p> <p>„Trinker fragen, Politiker antworten“ war ein beliebtes Format in Frankfurt/Main, das ließe sich in Kassel hervorragend adaptieren. An sich stehe ich für die Integration von Randgruppen, hier in Prenzlauer Berg also v.a. keiner Hipster, Mütter, Hippies und Yuppies. Zur Integration werde ich außerdem mehr soziale Begegnungsräume schaffen.</p>

				<p>würde ich mich an der bekannten Mustersatzung der Grünen. Auch das Format der Bürger*innenversammlung muss aus meiner Sicht neugestaltet werden. Bürger*innen beteiligen sich besonders, wenn es um konkrete und für sie relevante Themen geht. Der Verkehrsentwicklungsplan ist ein positives Beispiel, wie die Beteiligung der Menschen zu besseren politischen Entscheidungen beitragen kann. Die Ortsbeiräte sind wichtige Schnittstellen zwischen den Stadtteilen und dem Rathaus. Sie kennen ihre Stadtteile und geben wertvolle Hinweise, wie ihr Quartier und damit die Stadt zu gestalten ist. Eine mögliche Reform der Ortsbeiräte darf deshalb nicht zu Lasten der Bürger*innenbeteiligung und der hohen Beratungsqualität gehen. Die Zusammenlegung von Ortsbeiratsbezirken ist nur da sinnvoll, wo sie vor Ort auch gewollt wird.</p>	
--	--	--	--	---	--

4. Bezahlbarer Wohnraum – Stadtteil für alle

Der Vordere Westen gilt als beliebtester Stadtteil Kassels. Das ist schön, hat aber auch seine Nachteile: bestehende und neu gebaute Wohnungen sind mittlerweile so teuer, dass viele Menschen sie sich nicht mehr leisten können. Der Verein Kassel-West e.V. hat hierzu bereits in 2015 eine Stadteilkonferenz zum Thema „Gentrifizierung“ durchgeführt, da in unserem Stadtteil deutliche Tendenzen festgestellt werden.

Unser Anliegen ist, dass der Vordere Westen ein Stadtteil für alle bleibt. Dafür ist die Erhaltung und Neuschaffung bezahlbaren Wohnraums eine unabdingbare gesellschaftliche Aufgabe.

- Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?
- Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?
- Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?

Murat Çakır	Christian Geselle	Bernd Hoppe	Dominique Kalb	Eva Koch	Matthias Spindler
<p>Als Kandidat der Linken sehe ich mich an der Seite von Mieterinitiativen. Demnächst wird der Antrag der Kasseler Linke zur Sozialquote in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Ich bin absolut dafür, sie sorgt nicht nur dafür, dass günstiger Wohnraum entsteht und private Investoren ihren Teil beitragen, sondern zudem für die Durchmischung von Quartieren. Sie funktioniert aber nur bei klaren Regelungen. Eine weitere Maßnahme ist etwa die Konzeptvergabe, das bedeutet, dass städtische Grundstücke nicht an den Meistbietenden sondern an denjenigen veräußert werden, der von der Stadt festgelegte Kriterien erfüllt, ökologisch, kulturell, sozial! Das wird in Kassel viel zu wenig genutzt. Im Vorderen Westen gibt es ganz konkret das Grundstück in der Goethestraße, Ecke Germaniastraße. Hier hat die Kasseler Linke beantragt, dass mit einem Bebauungsplan die Schaffung von günstigem Wohnraum (und nicht Parkplätzen) festgelegt wird. Er ist von den anderen Fraktionen abgelehnt worden. Eine Aktualisierung und Umsetzung der Milieuschutzsatzung halte ich ebenfalls für denkbar. Für bezahlbaren Wohnraum sollte auch die GWG eine viel größere Rolle spielen. Ich beobachte mit Sorge, wie eine Gesellschaft in Besitz der Stadt die Mieten zunehmend erhöht und ihr »Portfolio« aufpoliert. Als OB hat man im Aufsichtsrat darauf Einfluss.</p>	<p><i>Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?</i></p> <p>Neubauten vorantreiben durch Innenentwicklung</p> <p><i>Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?</i></p> <p>Grundsätzlich vorstellbar, werden wir auch hinsichtlich Effizienz prüfen</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?</i></p> <p>Generell verpflichtende Sozialquote wird abgelehnt; sozialer Wohnungsbau muss individuell vereinbart / gefördert werden</p>	<p><i>Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?</i></p> <p>Die Stadt Kassel muss selbst bezahlbaren Wohnraum schaffen. Der Stadt Wien gehören ein Viertel aller Wohnung. Auf diese Weise kann aktiv in den Wohnungsmarkt eingegriffen werden.</p> <p><i>Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?</i></p> <p>Ja.</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?</i></p> <p>Die Einführung einer Sozialquote ist überfällig. Andere Städte haben sie längst eingeführt.</p>	<p><i>Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?</i></p> <p>Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Neben der von der CDU bundesweit eingeführten Mietpreisbremse ist der das Angebot vergrößernde Wohnungsneubau das beste Mittel gegen steigende Bestandsmieten. Der nicht tragbare Mietanteil bei Wohnungen sollte durch ein verbessertes Wohngeld aufgestockt werden.</p> <p><i>Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?</i></p> <p>Ja. Entscheidend ist, ob sie die gewünschte Wirkung zeigt.</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?</i></p> <p>Quoten zur Schaffung von mietpreisgebundenen Wohnungen sind ein „zweischneidiges Schwert“. Wirksam werden sie nur, wenn zusätzliches Baurecht geschaffen wird, wie das bei neuen Bebauungsplänen der Fall ist. Außerdem führen sie dazu, dass es im</p>	<p><i>Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?</i></p> <p>Noch sind die Mieten in Kassel vergleichsweise günstig, aber die Preise steigen. Ein Wohnraumkonzept, das von der Verwaltung auf der Grundlage des aktuellen Wohnungsmarktberichtes erarbeitet werden soll, kann als Grundlage für die weitere Förderung zur Wohnraumbeschaffung dienen. Wichtig ist es, eine sachliche Diskussion zu führen, die die speziellen Randbedingungen in Kassel berücksichtigt. Die Baulandbeschaffung der Stadt sollte gezielt auch für den Geschosswohnungsbau erfolgen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt Jägerkaserne. Durch schnelle Verfahren in der Stadtverwaltung und gute Öffentlichkeitsarbeit sollten private Investoren motiviert werden, in der Stadt Kassel in die Schaffung neuen Wohnraums zu investieren.</p> <p><i>Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?</i></p> <p>Grundsätzlich ist das denkbar. Die Diskussion sollte auf der Grundlage verlässlicher Daten geführt werden.</p>	<p><i>Wie würden Sie dafür sorgen, dass das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Stadtteil insgesamt und prozentual vergrößert wird?</i></p> <p>Jeder Eigentümer, der jenseits der 10€/m² vermietet, muss für jeden zehnten Bewohner eines jeden Hauses eine Satellitenschüsselattrappe an der Fassade anbringen. Sind Balkone vorhanden, muss außerdem jeder Dritte gut sichtbar mit zwei Alditüten ausgestattet werden.</p> <p><i>Halten Sie eine Aktualisierung / Überarbeitung der bestehenden Milieuschutzsatzung (wie das aktuelle Beispiel aus FFM-Bockenheim) für denkbar?</i></p> <p>Selbstverständlich!</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?</i></p> <p>Klingt hervorragend!</p>

			<p>Bereich der nicht geförderten Wohnungen zu Verteuerungen kommt, da Bauherren ihre Kosten in jedem Fall umlegen. Im schlimmsten Fall wird gar nicht gebaut und dies führt bei steigender Nachfrage dann wieder zu einem Anstieg der Mieten. Auch wenn „Sozialwohnung“ nach „bezahlbar“, klingt, ist dies trotz hoher Förderungen nicht immer der Fall. Insbesondere bei neu gebauten und sanierten Sozialwohnungen liegt die Kostenmiete im Bereich und zum Teil über der Durchschnittsmiete in Kassel von 6,30 €. Der Durchschnitt aller Sozialwohnungen liegt bei 4,30 € pro qm.</p>	<p>Eine stadtteilbezogene Auswertung des Wohnungsmarktberichtes für Kassel kann voraussichtlich eine gute Entscheidungsgrundlage liefern.</p> <p><i>Wie stehen Sie zur Einführung einer verpflichtenden Sozialquote (25-30%, die nur über Wohnberechtigungsschein vermietet werden dürfen) z.B. bei Neubauten ab einer Größe von 8 Wohneinheiten?</i></p> <p>Derzeit nimmt der Bestand an gebunden Sozialwohnungen kontinuierlich ab. Deshalb stehe ich Instrumenten zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Kassel grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings muss eine Regelung gefunden werden, die für Kassel umsetzbar ist. Eine starre Quote in der Höhe von 25 % halte ich für die Situation in Kassel nicht für angemessen, da sie aus meiner Sicht Neuinvestitionen eher behindern würde. Dieses Thema würde ich in einem Expertenkreis weiter diskutieren, da ich mir noch keine abschließende Meinung gebildet habe, wie eine konkrete Ausgestaltung aussehen könnte. Kurzfristig sehe ich über den Einfluss auf die städtische Wohnungsbaugesellschaft den besten Ansatz, den Bau von Sozialwohnungen in Kassel voranzubringen.</p>	
--	--	--	--	---	--

5. Altersarmut und soziale Teilhabe

Das Armutsrisiko in Deutschland bleibt für Arbeitslose, Rentner, und Alleinerziehende weiterhin hoch. Wie sich die Ankunft von einer Million Flüchtlingen auswirkt, wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Die Armut betrifft zunehmend alte Menschen in Deutschland, wie aus dem „Bericht zur Armutsentwicklung 2016“ hervorgeht. Danach gehören rund 12,5 Millionen Menschen zu den Risikogruppen. Heute leben 3,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner unter der Armutsschwelle. Damit liegt erstmals auch die Armutsquote von Rentnern mit 15,6 Prozent über dem Durchschnitt.

- Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?

Murat Çakır	Christian Geselle	Bernd Hoppe	Dominique Kalb	Eva Koch	Matthias Spindler
<p>Mein Motto im Wahlkampf ist »Für ein soziales Kassel, weil die Stadt kein Konzern ist«. Dieses Thema hat für mich oberste Priorität, weil ich die Stadtpolitik in Kassel bisher nicht für sozial halte - was der amtierende Oberbürgermeister in seiner Neujahrsrede vertrat. Hier gibt es ganz viel Nachholbedarf, daher nur ein paar Stichpunkte: Sozialpass - ja, Kulturpass - ja, bezahlbarer ÖPNV und Wohnraum, kostenlose Kitaplätze... Das sind alles Maßnahmen, durch die Menschen, die auf den viel zu niedrigen Hartz IV-Satz oder Armutsrente angewiesen bzw. im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, mehr Geld in der Tasche haben. Ich bin dafür, dass das Jobcenter statt möglichst vielen Sanktionen das Recht zu Gunsten der Betroffenen auslegt. Die Stadt ist ebenfalls Arbeitgeber und kann hier langfristig in die Gesundheit und Absicherung der Bewohner*innen investieren. Statt etwa Reinigungskräfte outsource zu verwalten, die die Arbeitsverdichtung nach oben zu schrauben, brauchen wir gute Tarifverträge und möglichst viel Beschäftigung in kommunaler Hand. Und d.h. auch, dass man sich nicht mit warmen Worten auf ehrenamtliches Engagement verlässt, sondern notwendiges Engagement finanziell absichert.</p> <p>Mein persönliches Versprechen steht: Im Falle meiner Wahl als OB werde ich alles, was über meinem derzeitigen Gehalt zzgl. Parteibeitrag liegt, für Kinder- und Jugendarbeit sowie für politische Bildung spenden.</p>	<p><i>Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?</i></p> <p>Ein Beispiel: Die „Mittendrin-Karte“ führe ich bereits in 2017 als Sozialdezernent ein</p>	<p><i>Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?</i></p> <p>Kostenloser ÖPNV (s.o) und ein Kulturpass sind richtige Mittel, um soziale Teilhabe auch in Altersarmut zu ermöglichen. Noch wichtiger ist es aber, Altersarmut zu beseitigen.</p>	<p><i>Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?</i></p> <p>Der soziale Zusammenhalt ist Grundvoraussetzung für eine lebenswerte und prosperierende Gesellschaft und damit der „Kitt“ unseres Gemeinwesens. Nach dem Grundsatz von „Fordern und Fördern“ muss Sozialpolitik jene Risiken absichern, die der Einzelne nicht alleine und aus eigener Kraft tragen kann. Solidarität wie auch Eigenverantwortung sind hierbei die Grundlagen. Ich werde mich für die Sicherstellung der Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am allgemeinen und öffentlichen Leben einsetzen. Dies schließt die Gleichstellung und gesellschaftliche Teilhabe von Behinderten ebenso ein wie die Fürsorge für sozial benachteiligte Menschen. Dazu gehören die Förderung des Vereinslebens ebenso wie generationsübergreifende Projekte des Wohnens, Lernens und des miteinander Lebens. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Zugang zu Sport, Kultur, Freizeit und Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger erleichtert wird.</p>	<p><i>Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?</i></p> <p>In Kassel gibt es so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wie noch nie. Das reduziert Armut im erwerbsfähigen Alter und ermöglicht durch Rentenversicherungsbeiträge und Altersvorsorge, auch Armut im Alter zu vermeiden. Diese positive Entwicklung will ich fortsetzen.</p> <p>Armut darf Teilhabemöglichkeiten nicht reduzieren. Bezahlbarer Wohnraum, kostenloser Eintritt zu kulturellen Angeboten, Sozialtarife bei den städtischen Bädern und der KVG sind wichtig. Ich will, dass die städtischen Vergünstigungen harmonisiert werden und die Betroffenen frühzeitig – z.B. mit dem Bescheid über ALG 2 oder Grundsicherung - darüber informiert werden. Die Berechtigung zur Inanspruchnahme könnte in einem „Teilhabezertifikat“ dokumentiert werden. Private Anbieter könnten auf dieser Grundlage ebenfalls Vergünstigungen für einkommensschwache Personen anbieten.</p> <p>Im Alter kommt zur materiellen Armut oft die emotionale Armut durch Vereinsamung. Die Angebote</p>	<p><i>Welche Maßnahmen würden Sie als zukünftige Oberbürgermeister/in planen, um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen (z.B. Sozialticket, Kulturpass)?</i></p> <p>Ich halte z.B. ein Sozialticket oder einen Kulturpass für ausgezeichnete Möglichkeiten um Armut, sozialer Ausgrenzung und Segregation in der Stadt Kassel entgegenzusteuern und soziale Teilhabe aller zu ermöglichen.</p> <p>Mit zahlreichen Ausgabestellen für Freibier und gratis Green Smoothies (Pfeffi) werde ich außerdem soziale Begegnungsräume schaffen und die Stadtbevölkerung einen!</p>

				der Altenhilfe müssen daher ausgebaut und kreativ weiterentwickelt werden (z.B. Besuchsdienste in der Nachbarschaft).	
--	--	--	--	---	--